

RESOLUTION ZUR EINSETZUNG EINER ENQUETE-KOMMISSION ZU STRUKTURELLEM RASSISMUS

Der rassistisch motivierte Anschlag in Hanau vor einem Jahr hat unsere Gesellschaft tief ins Mark getroffen. Deshalb gedenken wir an diesem Tag der Opfer:

Gökhan Gültekin (37)

Sedat Gürbüz (30)

Said Nesar Hashemi (21)

Mercedes Kierpacz (35)

Hamza Kurtović (22)

Vili Viorel Păun (23)

Fatih Saraçoğlu (34)

Ferhat Unvar (22)

Kaloyan Velkov (33)

Der Anschlag steht in einer ganzen Reihe rassistisch motivierter Angriffe mit menschenverachtenden Motiven. 30 Jahre nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda und 10 Jahre nach der Enttarnung des NSU zeigen die Anschläge von Halle und Hanau, dass Menschen mit Migrationsgeschichte jederzeit zur Zielscheibe von Angriffen und diskriminierenden Handlungen werden können. Das zeigen auch die rassistischen Übergriffe in Berlin.

Von Rassismus Betroffene sehen sich permanent konfrontiert mit der Delegitimierung ihrer Ansprüche und Rechte, sei es auf Grund ihrer Hautfarbe, ihres Kopftuchs, ihrer Kippa, ihrer Herkunft oder ihres Namens. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind mit Rassismus konfrontiert, wenn ihnen beispielsweise der Zugang zu Arbeit, Wohnraum oder dem Gesundheitssystem verwehrt wird. Diese Beispiele für strukturellen Rassismus beruhen auf komplexen Ausschlussmechanismen, die rechtliche, wirtschaftliche, politische oder soziale Aspekte betreffen.

Deshalb fordern wir die Einsetzung einer Enquete-Kommission im Berliner Abgeordnetenhaus zur Bekämpfung von strukturellem Rassismus im Land Berlin. Denn einzelne Projekte und Programme reichen nicht aus, um tradierte Strukturen erfolgreich zu beseitigen. Berlin braucht eine gesamtstädtische Strategie zur Bekämpfung von strukturellem Rassismus.

Berlin, 19. Februar 2021

Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration

Arbeitskreis Roma und Sinti

Jugendmigrationsbeirat Berlin

Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen

Muslimische Vertreter*innen des Islamforums Berlin

BERLIN

